



# Militär- und Tagblatt

## Enztalbote Wildbader Zeitung Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.35 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Kolonial- Nr. 59 bei der Oberamtspoststelle Reutlingen Zweigstelle Wildbad. — Redaktion: Enztalbote Säger & Co., Wildbad; Verleger: Gemeindefiskus Wildbad. — Postfach 291 74 Stuttgart.  
Anzeigenpreise: Im Anzeigenblatt die einseitige 16 mm breite Zeile 5 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 3 Pf.; im Tagblatt die 30 mm breite Zeile 15 Pf. — Rabatt nach vorgerichtetem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontofällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.  
Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 94, Tel. 479. — Wohnung: Villa Subertus

Nummer 248

Fernruf 479

Mittwoch den 24. Oktober 1934

Fernruf 479

69. Jahrgang

### Von der Saar zum Rhein

Von Dr. Fritz Hellwig, Saarbrücken.

NSR. Die Saarfrage ist der Prüfstein für Frankreichs Friedenswillen, für seine Bereitschaft zu wahrer Verständigungspolitik. Denn es ist Frankreich gewesen, das die Saarfrage in ihrer heutigen Gestalt erst geschaffen hat in einer Zeit der Kriegspolizei, als es den Weg zum Rhein möglichst vollständig in seine Hand bekommen wollte.

Frankreichs Ziel war von jeher weiter gesteckt, als nur bis zur Saar. Das große Ziel war der Rhein, solange überhaupt Frankreich seit dem 16. Jahrhundert die Ausdehnungspolitik nach dem Osten verfolgte. Entgegen allen Lehren der Geographie behauptete man vom Rhein, er sei die natürliche Grenze Frankreichs, die berufenste Sicherheitslinie für die französische Nation.

Seitdem im 17. Jahrhundert mit der Eroberung des Elsaß und Straßburgs der Oberrhein erreicht und gesichert worden war, trachtete Frankreich danach, bis zum Mittelrhein, in die Gegend von Mainz, vorzustoßen. Wer dort den Rhein bei der Mainmündung beherrschte, dem mußte Deutschland zu Füßen liegen, denn von dort aus war man imstande, Nord- und Süddeutschland an dieser schmalsten Stelle des Reiches, auf der Linie Mainz—Eger, voneinander zu trennen. Außerdem standen die beiden wichtigsten innerdeutschen Verbindungslinien offen; nach Nordosten Mainz—Frankfurt—Norddeutschland (Berlin), nach Südosten Mainz—Frankfurt—Süddeutschland—Österreich (Wien).

Der Weg nach Mainz und dem Mittelrhein führte Frankreich durch Lothringen und die Saargegend. Paris—Metz—Saarbrücken—Mainz ist die uralte Heerstraße, auf der bereits römische Legionen zum Rhein marschierten. Noch heute folgen ihr die wichtigste Schnellzuglinie. War Saarbrücken in französischer Hand, dann war der Aufmarschpunkt für den Marsch zum Rhein gewonnen, denn von diesem Straßenknotenpunkt führen nicht weniger als fünf Hauptstraßen (denen in der neueren Zeit die Schnellzuglinien entsprechen) zum Rhein. Die französischen Militärs nennen das Saargebiet darum heute noch eine „Riefendreh-scheibe“. In klarer Erkenntnis der strategischen Bedeutung der Saargegend begnügte sich Frankreich jedesmal mit dem Erwerb der Saar, dem „petit Rhin“, wenn das Hauptziel, der „grand Rhin“ (Mittelrhein und linkes Rheinufer) nicht sofort erreicht werden konnte. So war es unter Ludwig dem Vierzehnten, der die Saargegend mit Frankreich „reunierete“, so war es in der großen französischen Revolution, so war es im 1. Pariser Frieden, als Frankreich von allen Eroberungen nur noch die Saar zurückbehielt, so war es unter Napoleon dem Dritten, der statt des Rheins doch wenigstens die Saar annektieren wollte.

Und so gingen auch schließlich die französischen Staatsmänner des Weltkrieges und des Versailler Diktates vor, die die Annexion des Saarlandes aus strategische und wirtschaftliche Gründen durchsetzen wollten. Wohl wurde die vollständige Annexion durch Wilson verhindert, doch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Frankreich die militärische Vorherrschaft im Saargebiet ungehindert besitzt. Das geht schon allein daraus hervor, daß Frankreich seine Truppen im Widerspruch selbst zum Versailler Saartatut bis 1930 im Saargebiet belassen konnte. Das heutige Saargebiet liegt vollständig im Feuerbereich der modernen französischen Grenzbesetzungen; die Verwaltung seines Eisenbahnnetzes ist nach 1920 vom Deutschen Reich abgetrennt worden. Frankreich besitzt also selbst in dem „selbständigen“ Völkerbundsstaate die unumschränkte militärische Vorherrschaft und kann das Saargebiet ungehindert in seinen strategischen Überlegungen und Operationen als französisches Vorfeld einsehen. Die von Frankreich heute propagierte Lösung des „Status quo“ im Saargebiet würde an dieser Lage nicht nur nichts ändern, sondern sogar die militärische Vorherrschaft Frankreichs im Saargebiet als unabänderlich und international anerkannt festlegen.

Der „Status quo“ im Saargebiet würde also für Frankreich einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zum Rhein bedeuten. Umgekehrt kann nichts besser Frankreichs wahren Friedenswillen beweisen, als wenn Frankreich die mit der Schaffung des Saargebietes 1919/20 und mit der Status-quo-Lösung 1935 verfolgten militärischen Ziele aufgibt und die Saarbevölkerung bedingungslos und ungehindert in das deutsche Vaterland zurückkehren läßt.

### Politik um Frankreich

Bittere Wahrheiten über Frankreich — Süßsaure Trost über Warschau — Aufgeschobener Ausgleich Frankreich Italien

Herr Marquet ist Arbeitsminister im Kabinett Doumergue. Er gehört der Neuzözialistischen Partei an und hat damit bisher deren allerdings nicht erhebliches Stimmengewicht in der Kammer für das Kabinett gebunden. Die Neuzözialisten, eine Abspaltung von der marxistischen

### Tagespiegel.

Ueber den „Tag des deutschen Handwerks“, der mit einer Hauptversammlung in Braunschweig am nächsten Sonntag begangen werden soll, werden nun nähere Einzelheiten mitgeteilt.

Im Australienflug wurden die Engländer Scott und Mac überlegene Sieger, während die an zweiter Stelle liegende holländische Douglas-Maschine sich verirrt hat.

Der amerikanische Professor Piccard und Frau flogen in Detroit zu einem Stratosphärenflug auf.

Ueber die Niederwerfung des Aufstands in Spanien, vor allem in der Provinz Asturien, werden nun erschütternde Einzelheiten bekannt.

In London begannen am Dienstag die Flottenverhandlungen zwischen den Engländern und Japanern.

Hauptpartei, haben zeitweilig Anwandlungen der Einsicht in staatliche Notwendigkeiten gezeigt, und das hat ihnen wohl auch den Eintritt in das Kabinett der Nationalen Union verschafft. Herr Marquet, im Verhältnis zu den zumeist schon recht bejahrten Mitgliedern der Doumergue-Regierung noch ziemlich jugendlich, übrigens energisch und mit einem gewissen Hang zur Initiative, tritt aus den Reihen der Partei als immerhin bemerkenswerte Persönlichkeit hervor. Man sagt ihm eine politische Laufbahn voraus. Etwas unklar ist allerdings schon seit längerer Zeit seinen Parteifreunden, warum er sich als „sozialistisch“ bezeichnet. Sie sind allmählich zu der Meinung gelangt, seine Neigung gehöre vielmehr seinen politischen Tendenzen, die auf ein straff autoritäres Regime hinaus wollen und die man in Frankreich, in Ermangelung einer genügend differenzierenden Nomenklatur, kurzweg als „faschistisch“ bezeichnet. Das gerade macht ihn allerdings für Herrn Doumergue, dessen innenpolitisches Streben ja auf die Stärkung der Regierungsgewalt und die Zurückdrängung des Parlamentarismus abzielt, besonders brauchbar.

Herr Marquet hat es nun aber doch für richtig befunden, das Mantelchen der neuzözialistischen Parteizugehörigkeit abzulegen. Es hatte ohnedies an Kurswert erheblich verloren, seitdem die Partei, trotz der Zugehörigkeit eines ihrer Mitglieder zum Kabinett, immer häufiger in die Opposition trat. Als Regierungspartei ist sie also nicht mehr einzuschätzen. Herr Marquet hat jetzt seine Beziehungen zu ihr gelöst. Er ist ausgetreten. Das wäre an sich noch nichts Bemerkenswertes. Er tat das aber mit einem Schreiben, in dem er sich recht offenhartig, und man muß beinahe schon sagen alarmierend, über die innenpolitische Lage Frankreichs äußert. Er schreibt darin: „Eine dramatische internationale Lage, ein desorganisiertes Land, das an sich selbst zu zweifeln scheint, die arbeitenden Klassen, die durch die Krise ebenso stark Schaden nehmen, wie sie durch den Krieg zermalmt wurden — das ist die Wirklichkeit, mit der wir es zu tun haben.“

Sieht Herr Marquet zu schwarz? Daß die internationale Lage dramatisch ist, wird man ihm ohne weiteres zugestehen dürfen. Die Bezeichnung „dramatisch“ ist vielleicht sogar noch eine schönfärbende. Und das Land desorganisiert? Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß der Burgfrieden nur noch mühselig aufrecht erhalten wird. Herrriot, der Vertrauensmann der Radikalsozialisten im Kabinett, hat es schon für richtig befunden, dem letzten Ministerrat nicht beizuwohnen, weil er offenbar nicht zu Beschlüssen gedrängt werden wollte, die möglicherweise auf dem in einigen Tagen stattfindenden Kongreß seiner Partei nicht gebilligt werden. Man weiß, daß die Radikalsozialisten den Doumergueschen Verfassungskonzepten gegenüber heftiges Mißbehagen empfinden. Da sie die stärkste Gruppe der Nationalen Union sind, schwebt über dem Schicksal der Reformpläne noch völlige Ungewißheit.

Wenn man einen Mißerfolg hat, dann tröstet man sich am leichtesten darüber, indem man mit Genugtuung feststellt, es hätte auch noch schlimmer kommen können. Das ist eine beliebte Taktik im privaten Leben. In der hohen Politik tut man's aber nicht anders. Frankreich muß seit dreiviertel Jahren feststellen, daß der polnische Freund bei aller internationalen Höflichkeit ihm doch eine gewisse Verstandeslücke entgegenbringt. Er betrachtet die politische Freundschaft zwischen den beiden Staaten sozusagen als eine zweiseitige Angelegenheit und will nicht nur Objekt und Schachfigur in der Hand der Staatsmänner an der Seine sein. Von dem, was ihm politisch frommt, hat er seine eigene Ansicht, und an ihr orientiert er sein Verhalten zu anderen Staaten auch dann, wenn man in Paris etwas anderes möchte und über die Selbständigkeitsregierungen in Warschau Enttäuschung und Unwillen empfindet. Jedenfalls hatte Herr Barthelemy die polnische Position in Osteuropa schon so gut wie abgeschrieben und sich auf andere Verbindungen eingestellt. Im Unterbewußt-

sein ist bei den Franzosen aber doch die Vorstellung lebendig geblieben, daß Polen nach der Extratour mit Deutschland eines Tages wieder in die französische Gefolgschaft zurückkehren werde.

Nun reiste Herr Gömbös, der ungarische Ministerpräsident, nach Warschau. Er ist für die französische Politik schon deshalb eine unangenehme Figur, weil er der stärkste Exponent der Revisionsbestrebungen im Osten und Südosten ist. Zwischen Warschau und Budapest haben immer gute Beziehungen bestanden. Die Kommentare, die namentlich in der ungarischen Presse zur Warschauer Reise des Ministerpräsidenten geliefert wurden, waren etwas temperamentvoll und sind wahrscheinlich über die Konzeption des im Augenblick Erreichbaren an manchen Stellen hinausgegangen. Da stand allerhand drin von einer neuen großen Ost-Koalition, die Polen, Ungarn, und vielleicht Italien und Bulgarien umfassen sollte. In Paris wurde man unruhig. Man fühlte sich berufen, Herrn Gömbös den Rat zu geben, die Reise nach Warschau gerade in diesem Augenblick zu unterlassen. Und in Warschau warnte man vor allzu großer Intimität mit Ungarn, das durch die angebliche Duldung der kroatischen Konspiration gegen König Alexander bloßgestellt sei. Daß es sich dabei um eine ziemlich willkürliche Behauptung der französischen und tschechoslowakischen Presse handelte, wurde nicht weiter in den Vordergrund gestellt.

Herr Gömbös reiste trotzdem. Und nun muß man versuchen, dem französischen Publikum diese eben noch als höchst bedenklich und gefährlich bezeichnete Reise als höchst belanglos darzustellen. Also schreibt man, daß sie politisch nichts bedeute.

Was wird mit Italien? Das ist das große Fragezeichen der französischen Außenpolitik. Barthelemy hatte gehofft, in Rom die Ausöhnung mit Jugoslawien zustande zu bringen und damit im Süden und Südosten den französischen Ring um Europa zu schließen. Die Sache ist durch die jüngsten Ereignisse wieder etwas problematisch geworden. In Belgrad ist man mißtrauischer gegen Italien als vorher. Herr Laval, der anfänglich am 5. November nach Rom fahren wollte, hat seine Reise wieder verschoben. Er will auf jeden Fall erst die Genfer Ratstagung abwarten. Und dort kann es, namentlich angesichts der Beschlüsse der Kleinen Entente, noch einige Überredungen geben. Muß die Versöhnungsoption verjagt werden? Dann blüht dem Ausgleich Frankreich-Italien das gleiche.

### Zuspitzung der Lage in Paris

Doumergues Pläne für eine Verfassungsreform

Paris, 23. Okt. Der Einspruch des Vorstandes der radikal-sozialistischen Kammergruppe gegen die Reformpläne Doumergues und dessen entschiedene Versicherung, daß er mit allen gesetzlichen Mitteln die Verwirklichung seines Planes betreiben werde, haben in parlamentarischen Kreisen und in der Presse einen Widerhall gefunden, der die Zuspitzung der auf eine Entscheidung drängenden innerpolitischen Lage erkennen läßt. Das Ergebnis des Ministerrates und besonders die Haltung der radikalsozialistischen Kabinettsmitglieder werden deshalb mit Spannung erwartet. Ministerpräsident Doumergue hat insofern eine klare Lage geschaffen, als er nach übereinstimmenden Beschlüssen der radikalsozialistischen Senatoren erklärt haben soll, er werde um jeden einzelnen Punkt seines Planes kämpfen und erst dann gehen, wenn dieser Plan als Ganzes abgelehnt werden sollte.

In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die radikalsozialistischen Kabinettsmitglieder von sich aus weder der Entscheidung des Ministerpräsidenten noch der der beiden Kammern vorgehen würden, so daß verschiedene Möglichkeiten offen blieben. Sollte sich die Kammer gegen die Auflösung der Kammer aussprechen, dann würde der Ministerpräsident den Senat um das Recht, Neuwahlen auszusprechen, ersuchen, d. h. das Land zum obersten Schiedsrichter machen. Sollte der Senat die geforderte Kammerauflösung verweigern, würde er selbst, so versichert man, dem Präsidenten den Rücktritt seines Kabinetts überbringen. Daselbe würde er tun, wenn die Nationalversammlung von Versailles sich gegen die Abänderung der Verfassung aussprechen sollte.

Wenn auch ein Teil der linksstehenden Presse die Lage als willkommenen Anlaß nimmt, um gegen die „antirepublikanischen“ oder „bonapartistischen“ Pläne des Ministerpräsidenten Sturm zu laufen und ihrem Anmut über die Reformpläne freien Lauf zu lassen, so ist immerhin die warnende Stimme von Herrriot's „Ere Nouvelle“ zu beachten, die u. a. schreibt: Wir brauchen noch den Burgfrieden. Wer sich von den höheren Belangen leiten läßt, wer den nationalen Notwendigkeiten größere Bedeutung beimißt als allzu engherzige partikularistische Erwägungen, wird das verstehen. Das Land verlangt dies von all denen, in die es sein Vertrauen gesetzt hat. Wir dürfen niemals vergessen, daß die nationale Wiederaufrichtung noch nicht abgeschlossen ist.

### Ministerrat in Paris

Paris, 23. Okt. Die französischen Minister traten am Dienstag unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten zu einem Ministerrat zusammen. Staatspräsident Lebrun unterrichtete die Mi-







